IPG

KOMMENTAR 27.11.2015 | Susanne Stollreiter

Papstreise ins Chaos

Weshalb der Papstbesuch in der Zentralafrikanischen Republik auch ein globales Zeichen ist.

Am Sonntagabend wird Papst Franziskus in Bangui eintreffen, der Hauptstadt der Zentralafrikanischen Republik. Der Besuch ist die letzte Station seiner Afrikareise, bei der sich der Papst bewusst Länder ausgesucht hat, die unter Gewalt und zum Teil religiös bedingten Konflikten leiden.

Die Zentralafrikanische Republik ist dabei sicherlich einer der hoffnungslosesten Fälle. Seit einem Staatsstreich im Jahr 2013 ist das Land ins Chaos zerfallen. Über 4.000 Tote, knapp eine Million Binnenflüchtlinge (das sind gut 25 Prozent der Bevölkerung) und derzeit circa 460.000 Flüchtlinge in den Nachbarstaaten sind bislang die Bilanz der anhaltenden Gewalt seit dem Sturz von Präsident Francois Bozizé im März 2013. Zugleich ist das Land stark entlang religiöser Linien in Muslime und Christen gespalten. Die Normalbevölkerung sehnt sich nach Frieden. Doch der wird durch die Auseinandersetzungen zwischen vielfältigen bewaffneten Gruppen, der christlich geprägten Anti-Balaka und muslimischen (Ex-)Séléka verhindert.

Bereits im Mai wurden große Hoffnungen auf ein nationales Versöhnungsforum gesetzt, bei dem im Dialog mit den konflikttragenden Gruppen an einer Lösung gearbeitet werden sollte. Doch bereits kurz nach diesem ersten Schritt wurde deutlich, dass reine Lippenbekenntnisse dabei nicht ausreichen.

Den Eliten fehlt Bereitschaft zum Frieden

Zahlreiche internationale Beobachter und Experten unterstellen den wichtigsten Akteuren, dass bei ihnen diese Bereitschaft zum Frieden fehlt. Die gewalttätigen Einheiten der Anti-Balaka und (Ex-) Séléka

weigern sich, ihre Waffen freiwillig niederlegen und auf die Macht zu verzichten. Doch auch der Übergangsregierung unter Präsidentin Samba Panza, wird vorgeworfen, nicht konsequent an der Normalisierung der Zustände hinzuarbeiten. Statt die Vorbereitung der Wahlen anzugehen und den Wiederaufbau der Staatsgewalt in allen Landesteilen zu sichern, haben sich die Regierungsmitglieder eher ihre eignen Pfründe gesichert, zumal es ohne Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung nach den Wahlen auch an der nötigen langfristigen Motivation fehlt.

Selbst gegen die Truppen der UN-Mission MINUSCA werden schwerwiegende Anschuldigungen erhoben. Nicht nur, dass Teilen der Truppen sexuelle Übergriffe auf die Zivilbevölkerung vorgeworfen werden. Auch wird bemängelt, dass die Truppen ihr Mandat nicht konsequent anwenden, bei Gewaltausbrüchen hilflos zusehen statt einzuschreiten und nur wenig an der Entwaffnung der Gruppen arbeiten.

Es ist zu kurz gegriffen, den Konflikt auf eine religiöse Auseinandersetzung zwischen Muslimen und Christen zu reduzieren. Es geht vielmehr vor allem um politische Macht und Einfluss auf den aussichtsreichen Diamantenhandel.

In der Tat wurden die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, die zur Stabilisierung des Landes führen sollten, ebenso wie ein Referendum über eine neue Verfassung aufgrund der anhaltenden Unsicherheit immer wieder verschoben.

Zuletzt sollten die Wahlen am 18. Oktober 2015 stattfinden. Sie wurden jedoch wenige Tage zuvor abgesagt, weil es nach der Ermordung eines zentralafrikanischen Mototaxifahrers zu neuen Gewaltausbrüchen in der Hauptstadt bekommen war. Circa 100 Tote sowie erneut 40.000 Flüchtlinge allein in der Hauptstadt Bangui waren das Ergebnis dieser neuerlichen Runde der Gewalt.

Auch mit gegenseitigen Schuldvorwürfen wurde nicht gespart. Übergangspräsidentin Samba Panza machte den ehemaligen Präsidenten Francois Bozize und seine Anhänger für die erneute Gewalt verantwortlich. Dagegen bezichtigte Bertin Béa, Generalsekretär der Partei des ehemaligen Präsidenten Bozize, die korrupte Übergangsregierung und warf Präsidentin Samba Panza vor, das Land nicht im Griff zu haben.

Gefahr für Leib und Leben

Nun sollen die Wahlen am 27. Dezember 2015 stattfinden. Größte Herausforderung ist dabei, zuvor eine Situation zu schaffen, in der man ohne Gefahr für Leib und Leben seine Stimme abgeben kann. Dazu müssen vor allem auch die bewaffneten Gruppen in Schach gehalten werden, die kein Interesse an Frieden und Versöhnung sowie einer Normalisierung der Verhältnisse in der Zentralafrikanischen Republik haben, weil sie von Chaos, Staatsferne und illegalem Handel u.a. mit Diamanten und Waffen profitieren.

Weiterhin sollen die Wahlen die neue Regierung mit möglichst großer Legitimität ausstatten. Hierfür ist nicht nur nötig, möglichst alle Wahlberechtigten, auch in entlegenen Regionen, an die Urnen zu führen, sondern auch die Flüchtlinge im Ausland. Da sie zum Großteil Muslime sind, ist ihre Beteiligung von besonderer Bedeutung. Das ist keine leichte Aufgabe, allerdings hat zuletzt die Regierung von Kamerun gemeinsam mit der UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR erste entscheidende Schritte zur Wahlregistrierung der Flüchtlinge auf Kameruner Staatsgebiet unternommen. Das ist immerhin ein erster Schritt.

Grundsätzlich ist es dabei zu kurz gegriffen, den Konflikt auf eine religiöse Auseinandersetzung zwischen Muslimen und Christen zu reduzieren. In ihm geht es vielmehr vor allem auch um politische Macht und Einfluss auf den aussichtsreichen Diamantenhandel.

Die Zivilbevölkerung, ob christlich oder muslimisch, ist schon lange zum Frieden bereit. Sie wird jedoch von gewalttätigen Gruppen drangsaliert, auf die auch der Papstbesuch nur eine geringe Wirkung haben wird. Nichtsdestotrotz ist der Papstbesuch für die Menschen ein wichtiges Zeichen, dass sie nicht alleingelassen und vergessen werden. Als ebenso wichtiges Symbol dürfte sich dabei erweisen, dass das Oberhaupt der katholischen Kirche plant, die größte Moschee des Landes zu besuchen. In einer Zeit, wo Terrorismus und Islamismus häufig mit „dem Islam“ und einem Religionskrieg gegen das Christentum gleichgesetzt wird, ist dieser Besuch nicht zuletzt ein wichtiges globales Zeichen.



Susanne Stollreiter
Berlin

Susanne Stollreiter ist Referentin für die Andenländer und die Karibik bei der FES. Sie koordiniert ein lateinamerikaweites FES-Projekt zu EU-Handelsabkommen und sitzt in der Domestic Advisory Group, einem Beratungsorgan der Zivilgesellschaft zum Freihandelsabkommen zwischen Kolumbien, Peru, Ecuador und der EU.

-